

Berlin, Mittwoch, 30. Juli 1930

13. Jahrgang / Nr. 175 Preis für Groß-Berlin
Ausgabe 15 Pfennig 10 Pfennig

Deine Stimme gehört am 14. September der Liste 4

Die Rote Sache

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1
Sekretaria 5281. Geschäftsjahr des Verlages von 169 Uhr bis 167 Uhr.
Zurzeitliche Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Geschäft täglich außer Montags

Tel.-Adresse: Rotkäppchen Berlin, Bautelefon: Darmstädter und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse: Käse-Alliance-Vi. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postfach 273 79 Berlin NW 273 79

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,- Mark einschließlich Abgaben
in Berlin und Ostern mit eigener Zustellung. — Herausgeber: Der
Völkerbund, 3,50 Mark. Stellbuch im Inland 10 Pf. und
Selbstzettel, Posten, Zigaretten, Parfüm, Waren- und Saargebiet 4,50 Mark,
deutsche Länder 4,50 Mark.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Einzelbezüge: Ein 12 geballtes Rollenheft 70 Pf. Werbetext-
organisationen, und Sammlerangeboten: Seite 40 Pf.
Eigene Ausgaben: Mark 16 Pf., Verteilungssteuer 25 Pf., Be-
sonders Mark 50 Pf. Abrechnung: Mark 5 Pf.
Erzeugerabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (21) 1888-1913.

KPD im Dienste Brünings-Hindenburgs

Sozialfaschist Henke verschleppt die Einberufung des Ständigen Ausschusses
des Reichstages — Statt der „Notverordnungen“: Immunitätsraub an dem
Genossen Schneller als erster Tagesordnungspunkt!

Henke bestätigt: „Nur die KPD kämpft gegen die ausbeuterische Artikel-48-Diktatur“

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat, wie wir gelesen berichteten, die sofortige Einberufung des Ständigen Ausschusses des Reichstages zur Stellungnahme gegen die Notverordnungen der Hindenburg-Brüning gefordert. Die kommunistische Partei führt als einzige Partei den Kampf gegen die volksausbeuterischen Verordnungen der Artikel-48-Diktatur.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses, der sich „Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“ nennt, ist der Sozialdemokrat Henke. Dieser erklärte gestern in seinem Büro in der Torgauer Straße, daß er den Ausschuß erst zum Mittwoch nächster Woche einberufen werde, obwohl unsere Fraktion die sofortige Einberufung zum Donnerstag dieser Woche gefordert hatte. Henke begründete diese Verschleppung mit der Täuschung, die kommunistische Partei sei doch die einzige Partei, die die Einberufung dieses Ausschusses fordere und die Angabe habe doch nur die Bedeutung einer Geste. Das hunderte den gleichen Henke aber nicht, als ersten Punkt für die Ausübung am kommenden Mittwoch die Aufhebung der Immunität des Genossen Schneller, der als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses immun ist, auf die Tagesordnung zu setzen.

Echt sozialfaschistisch! Eine Verschleppung der Einberufung des Ausschusses aus launischer Eilebenerei vor Brüning — dann provokatorisch den Immunitätsraub an einem Kommunisten als ersten Tagesordnungspunkt behandeln.

Was dokumentiert die preußischen Positionsgesessen des faschistischen Rentamtes die Notverordnungs-Diktatur? Was schert sie Kopf, Schankverkehrsteuer, Rotopfer, weiter Raub an den Erwerbsstufen und Freiheiten?

Die S.P.D.-Führer, die alle Misstrauensvoten gegen die Brüning-Regierung und ihre einzelnen Minister ablehnen, die

sich beim Artikel 1 der neuen Steueraufgefehe der Stimme enthielten, die jetzt in Preußen vom Einführung der Notverordnungen bedroht sind — sie sabotieren die Tagung des Ständigen Ausschusses des Reichstages. Sie eröffnen noch der Verschleppung die Tagung dieses Ausschusses dann wenigstens mit einem Ergragewesen an die Brüning-Diktatur; mit der Erfahrung der parlamentarischen Immunität eines revolutionären Kämpfers.

Diese neue Sphäre wird der bastrotten Partei des Panzerkreuzer- und Polizei-Zoismus, der Partei der Hungerschicksäfte und des Steueraubes am 14. September von den weitläufigen Mäzen heingezahlt werden!

Rotes Berlin, heraus am 1. August!

Marsch in das Bierfeld der salben Kriegsheer und Faschisten — Massendemonstration auf dem Winterfeldtplatz für den kommunistischen Ausweg aus der Young-Katastrophe — Für ein freies sozialistisches Deutschland!

Die kommunistische Partei, die einzige antifaschistische und antikapitalistische Partei, die einzige revolutionäre Verbündete des Panzerkreuzerpolitik, ruft das rote Berlin zum Aufmarsch am 1. August auf den Winterfeldtplatz gegen die imperialistische Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjetunion.

Dieser Aufmarsch soll zur ersten gewaltigen Wahl demonstation des zweitägigen Berlin

gegen die volksausbeuterische Politik der Notverordnungsregierung Brüning, gegen Faschismus und Polizei-Zoismus, gegen Massencland und Young-Sklaverei, für die Erfüllung eines freien sozialistischen Deutschlands unter der Führung der kommunistischen Partei werden.

Die Bezirkstonerenz der RGO hat die geschlossene Beteiligung aller Hänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition an diesem Kampfmarsch beschlossen. Antikapitalistisches, vorbereitende Kampfausbüffle, organisiert die geschlossene Beteiligung der Belegschaften!

Treffpunkte zur Demonstration sind:

UB. Zentrum: Bülowplatz: 5.30 (nicht 6.30) Uhr. Lautsizer Platz: 6.30 Uhr. Michaelkirchplatz: 6 Uhr. Waldeckpark (a. d. Graniesträße) 6.30 Uhr.

Treffpunkt der Industriegruppe RGO, graphische Industrie, 17.30 Uhr, an der Jerusalemer Kirche, für das gesamte graphische Gewerbe.

UB. Nord: Reinickendorf: Hohenzollernplatz (früherer Meyenplatz) 5 Uhr. Leopoldplatz: 6 Uhr.

UB. Nordost: Helmholzplatz: 6 Uhr.

UB. Ost: Petersburger Platz: 6 Uhr. Wühlschplatz: 6 Uhr. Landsberger Platz: 6 (nicht 6.30) Uhr.

UB. Südwest: Kl. Tiergarten 6 Uhr. Platz am Lützow (Charlottenburg): 6.30 Uhr. Wittenbergplatz: 7.30 Uhr.

UB. Süd: Neukölln, Renterplatz, 6 Uhr. Ober- und Niederschönneweide, Johanniskirch, Treptow und Adlershof: Görlitzer Bahnhof (Spreewaldplatz), 6.30 Uhr. Tempelhofer Betrieb: Oberland, Ringbahn-, Thalestraße, Bahnhof Tempelhof, 6 Uhr.

UB. Südwest: Steglitz: Marktplatz, 6.30 Uhr. Halensee, Hochmeisterplatz, 6.30 Uhr. Wilmersdorf: Berliner Ecke Badische Straße, 7 Uhr. Friedenau: Lauerplatz, 7 Uhr. Schöneberg: Leutemplerplatz, 6.30 Uhr. Schöneberg: Rudolf-Wilde-Platz, 7 Uhr. An der Apostelkirche, 7 Uhr.

Auf dem Winterfeldtplatz sprechen:
die Genossen Hermann Meissner, Heinz Neumann, Peter Oberlauch, Wilhelm Hein, Werner Hirsh und Ernst Reinhardt.

1. August in München verboten

Die „Neue Zeitung“ beschlagnahmt zu München, 23. Juli. Die Münchener Polizeidirektion hat die von der kommunistischen Partei in München am 1. August geplante Umzüge und Kundgebungen unter einem Haubtverbot erlassen. Da die kommunistische „Neue Zeitung“ heute trotz des Verboles zur Leidnahme aufgesordert hatte, wurde das Blatt beschlagnahmt.

Das „christliche“ Zentrum als Triebkraft der Faschisierung

Zentrum droht KPD mit Zugtritt in Preußen

Prälat Kaas erklärt in der Vorstandssitzung des Zentrums:
Die Artikel-48-Diktatur dient zur Erziehung des Volkes

Gestern tagte im Reichstag die Vorstandssitzung der deutschen Zentrumspartei. Auf dieser Tagung drohte der Zentrumsführer, Prälat Kaas, die Preußentaftion an Präsidenten, falls die KPD nicht ihre Kritik an Brüning und der Zentrumspartei aufhebe. Die Redner, Prälat Kaas und Sch. verteidigten ähnlich die faschistische Wiederaufbau-Diktatur mit dem Artikel 48, ja, sie wagten sogar zu erklären, daß die Artikel-48-Diktatur zur Erziehung des Volkes (?) diene. Es bewies das Zentrum, daß es weiter gewillt sei, als marktsetzende Kraft im Prozeß der Faschisierung der Herrschaftsmethoden der deutschen Bourgeoisie voranzuschreiten.

Prälat Kaas erklärte in seiner Rede:

„Ich hoffe, daß die Sozialdemokratische Partei weniger in ihren führenden Kreisen sich darüber leinen läßt, daß in Zukunft in Preußen die Sozialdemokratie zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit ist, wenn innerhalb des Reichspolitik derartige Vergangenheit (Betrübung gegen die Notverordnungen). Die KPD ist wiederholen sollte.“

Der Vorsitzende der preußischen Zentrumspartei, Abg. Hesse, gab daraufhin folgende Erklärung ab:

„Ich möchte heute mit allem Ernst und Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß es für die preußische Zentrumspartei einfach unerträglich ist, wenn der zum Teil ganz unmögliche und vor allem innerlich vollkommen unwahrhaftige (!!) Kampf so weitergehen soll, wie er jetzt seitens der Sozialdemokratie gegen das Zentrum und den Reichstag Dr. Brüning geführt

wird. Wenn die Sozialdemokratie nicht endlich zu einer grundsätzlichen Wenderichtung nicht nur ihrer Komplexität, sondern auch ihrer ganzen politischen Arbeitsmethode (!) zu kommen vermag, wird eine Zusammenarbeit mit ihr zur Unmöglichkeit.“

Das Zentrum ist keiner Sozialdemokratie, mit der es in Preußen die Ministerießel, und im Reichsbanner die Führung teilt, so sicher, doch es diesen Stiefelsletern sogar die geringste Kritik an der Zentrumspolitik einknapp verbietet.

In seiner Rede mußte Prälat Kaas ein Bild der preußischen Wirtschaftskrisis und besonders der Wirtschaftskrise in Deutschland entwerfen. Es sei eine Illusion, zu glauben, so erklärt er, „man könne in infinitum“ (Das Unerdliche, Die Red.) soziale Versprechungen machen“. Er kündigte dann weitere Angriffe auf die merkwürdigen Schichten an und sprach diese mehrheitlich christlichen Worte aus, daß man auch vor solchen Maßnahmen nicht zurückstehen dürfe, die zum mindesten vorübergehend (?) harte Opfer für gewisse Bevölkerungsgruppen bedingen, darunter leider (?) auch für solche, die an sich schwer unter ihrem niedrigen Lebensstandard leiden.

Die Wiederaufbau des Volkes mit dem Diktatur-Artikel 48 verteidigte Kaas ganz im Stile des tödlichstlosen Unternehmerindividuals. Er kündigte an, daß das Zentrum, ob mit oder ohne Artikel 48, auf normalem oder akademischem Wege im Interesse des deutschen Volkes (?) das Wiederaufbauprogramm Brünings durchführen wird, die Anwendung des Artikels 48 diene zur „Vertreibung und Disziplinierung“ des Parlamentarismus.

Im Verlaufe seiner Rede führte Kaas aus, daß die kommunistische Partei die einzige sei, die konsequent die Zentrumspartei bekämpfe.